

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer: 28 241
Stur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjährlicher Lieferung, durch die Post
bei halbjährlicher Lieferung monatlich 8,50 M., vierteljährlich 12,50 M.
Die 14tägige 37 mm breite Seite 2 M. und Familienangehörigen, Hausgenossen oder
Stellvertretern u. Wohnangehörigen, 10tägige 25 M. Ursprungliche lauf
Terz. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung, Einzelnummer 30 Pf.

Veröffentlichung und Abonnementsbedingungen:
Herausgeber: Dr. v. Berg
Druck u. Verlag von Ullstein & Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Poincaré plant weitere Zwangsmaßnahmen.

Weitere Befehle und Kontributionen.

Paris, 8. April. Poincaré vertritt in einem ausführlichen Artikel im „Matin“ etwas von der stillen Arbeit, die Vertheilung mit den Militärführern unternimmt. Poincaré ist schon überzeugt, daß die ersten „Sanktionen“ nicht eintrifft haben und nun sollen weitere folgen. Er vertritt sich nur, indem er erklärt, daß die Militärs hierin mit Frankreich vollkommen einig seien. Das Gegenteil ist aber der Fall. Keiner der Verbündeten zeigt Neigung, Frankreich auf seinem Kriegspfade gegen Deutschland zu folgen. Von der Propaganda-Abteilung Vertheilung wurden seit einigen Tagen die Blätter mit Nachrichten getrieben, um auf die Erfolge hinzuweisen, die Vietnam in Amerika angedeutet erreicht hat. Die Vereinigten Staaten sollten sich bereit erklärt haben, Frankreich auch in Zukunft zu unterstützen. Natürlich wird das von der französischen Propaganda gleich übertrieben. Auch ist es immer, daß Harding oder Hughes, wie einige französische Blätter melden, die Schuld Frankreichs nachlassen wollen. Das einzige, was Harding in Aussicht stellte, war, daß die Vereinigten Staaten Frankreich unterstützen können, indem sie einen größeren Kredit für Frankreich eröffnen, um Waren in Amerika zu kaufen. Die Ausfuhr Frankreichs nach Amerika kann nicht wesentlich erhöht werden. Das Hauptziel, worauf Wilson binneuert, die Ausfuhr der Vereinigten Staaten, daß sie militärische Hilfe in Aussicht stellen, falls Frankreich noch einmal von Deutschland angegriffen werden sollte, wird nicht erreicht, weil die republikanische Partei dafür einen Beschluß aus der Wahlzeit vorgehen hat, der damit ein Ende macht. Harding kann dieses Programm nicht ändern. Poincarés Prophezeiungen treffen daher auf Amerika nicht zu, denn von dort ist eine Unterstützung für die Pläne nicht zu erwarten, um noch weiteres Gewicht Deutschlands zu beheben und geschwunden deutsches Vermögen zu beschlagnahmen. Der zweite Plan Poincarés, England zu einer neuen Blockade gegen Deutschland zu veranlassen, ist ebenfalls nicht durchführbar, weil die Regierung von Lloyd George daran nicht denken kann. Schon bei den letzten Beschlüssen in London hatte Frankreich auf diese Blockade gedrungen und England hatte zum Schein auch Vorberedungen getroffen, als ob sie tatsächlich einleiten sollte. Aber das Kabinett beschloß mit Rücksicht, solche Fragen nicht mehr anzukühren, weil England die Verantwortung für die Folgen nicht tragen kann. Auch darin ist Poincaré. Es wird ihm weiter nichts übrig bleiben, als den Plan, den Frankreich allein durchführen kann, nämlich die weitere Befestigung des Ruhrgebietes, sowie eine noch größere Abschichtung des Rheinlandes, zu verfolgen. Dazu gehört auch die früher genannte Besetzung einzelner Städte am Mittelrhein. Vertheilung hat vor einigen Tagen bei den britischen Verbündeten einen Plan vorgelegt, um von den deutschen Städten der besetzten Westküste Kontributionen zu fordern, deren Höhe unbekannt den von Deutschland verlangten Entschädigungsbeiträgen gleichkommen soll. Diese Kontributionen sollen monatlich von den Städten eingetrieben werden und möglichenfalls sollen dazu Bankausweise und andere öffentliche Rollen mit Vertheilung besetzt werden. Vertheilung ist der Meinung, daß die deutsche Regierung dann gezwungen sein wird, den Städten die Beiträge zurückzuschicken, weil sonst die Bevölkerung der besetzten Gebiete sich gegen die deutsche Regierung erheben würde, was auch nicht ungünstig für Frankreich sei. Der Ausweg dieses Zwangsmaßes würde also in jedem Falle für Frankreich etwas einbringen. Zu solchen Beschlüssen werden sich natürlich weder Italien noch England herablassen, so daß abzuwarten bleibt, ob die französische Regierung Poincaré so weit folgt, daß sie diese Vorberedungen durchführt.

Ausdehnung der Befehle?

Trieburg, 8. April. Zwischen den französischen und belgischen Militärbehörden wurde darüber verhandelt, ob vor der Einführung der Zollregeln die rechtsrheinische Eisenbahnlinie Oberhausen—Wesel—Emmerich von den belgischen Truppen besetzt werden soll. Die Militärkommission in Koblenz haben die Deutschen in den letzten Tagen kontrolliert und erklärt, daß die nach Holland gehenden Gütertransporte sehr erheblich seien. In Oberhausen könnten diese Warenmengen mit den Rheinböden nicht erfaßt werden.

Die Ausführung der Zollbestimmungen.

Paris, 8. April. „Le Petit Parisien“ veröffentlicht folgende Informationen über die Anwendung des Zollsystems an der Grenze des besetzten Ruhrgebietes: Da die Militärs sich im Prinzip darüber geeinigt haben, daß das Rheinland in Zukunft als ein von dem übrigen Deutschland wirtschaftlich getrenntes Territorium zu betrachten sei, werden die Waren, die vom unbesetzten Deutschland in das besetzte Gebiet eingeführt werden, mit einem Zoll belegt, für den die gleichen Tarife wie für die aus dem Ausland kommenden Waren angewendet werden. Die rheinischen Produkte, die nach dem unbesetzten Gebiete gehen, werden nur mit einer geringen handelsmäßigen Abgabe belegt werden, da es von größter Wichtigkeit erscheint, der rheinischen Industrie eine Ausfuhrmöglichkeit lieber zu stellen. Weiter würde es von Vorteil sein, die französische Grenze einem Teil dieser rheinischen Produkte zu öffnen. Es wäre möglich, den Schaden, der durch diese Maßnahmen entstehen würde, dadurch wieder gutzumachen, daß gewisse französische Waren, deren Einfuhr bisher von der Reichsregierung verboten war, nach dem besetzten Gebiete eingeführt werden können. Die Zollregeln wird an gewissen Stellen aber die besten Punkte ausgedehnt werden. Der Kölner Brückenkopf beispielsweise würde eine Ausdehnung nach Norden erfahren, damit die Stadt Düsseldorf, die von einem mehrere Kilometer großen Hinterland umgeben ist, mit eingebogen werden kann.

Das Inkrafttreten der Zollgrenze am Rhein.

Mainz, 8. April. Nach einer hier eingegangenen französischen Information wird die Zollgrenze am Rhein am 30. April in Kraft treten. (W. T. B.)

Frankreichs Handel und Industrie für andere Zwangsmaßnahmen.

Paris, 8. April. Die der „Temps“ mitteilt, hat die Vereinigung der französischen Kaufleute und Industriellen im Rheinland in zwei Versammlungen Wünsche geäußert, die sie dem französischen Parlament übermitteln wollen. Vor allen Dingen erinnert die Vereinigung an die unangenehme Lage, die durch die Abnahme der deutschen Waren und die durch die Erhöhung der Zolltarife dem französischen Handel und der französischen Industrie im Rheinland bereitet werden. Die einzige Folge dieser Zwangsmaßnahmen sei die Verringerung der Einkünfte, die Einhebung der Weichste und die Vertreibung des Lebens in der Rheinprovinz. Schließlich werde auch der Widerstand der deutschen Gewerkschaften verurteilt und vor allen Dingen die Arbeitslosigkeit der deutschen Arbeiterklasse, die Unruhen nach sich ziehen könnte. In der Petition verlangen die französischen Kaufleute andere Zwangsmaßnahmen, so u. a. die Verstaatlichung der Rheinlande durch die internationalen Oberkommission, die Einführung einer Zollgrenze südlich der Ruhr, die Befreiung von Steuern und Zöllen, wie Frankfurt, Mannheim, Darmstadt, Hamburg und Bremen, die Entfernung der preussischen Beamten aus dem Rheinland, die Beschlagnahme der Röhre und Eisenbahnlinien, sowie die Verstaatlichung der Bergwerke, der Wälder usw., schließlich die Erziehung der preussischen Beamten durch Rheinländer und die Erhebung besonderer Steuern und Kontributionen. (W. T. B.)

Die Frankenvährung im Saargebiete.

Zweibrücken, 8. April. Am 1. Mai müssen die Eisenbahnen, Postämter, Briefstellen, Postposten usw. in Frankenvährung gebracht werden. Die Umrechnung wird vorgenommen auf der Grundlage ein Frank gleich drei Mark. Auch die Umrechnung der Gehälter und Löhne erfolgt auf dieser Grundlage. Diese Umrechnung bringt für die Frankenvährung eine erhebliche Wertminderung des Geldes und des Gehaltsverhältnisses mit sich.

Frankreich und Bionanis Mäherfeld.

Washington, 8. April. Aus Paris wird gemeldet, daß Bionani von der französischen Regierung die Anweisung erhalten hat, alle Bemühungen, den Völkerverbund zu retten, aufzugeben und seine ganze Kraft darauf zu konzentrieren, einen für Frankreich günstigen Vertrag zur Resolution zu erzielen. In der französischen Regierung mit der bekannt gewordenen Haltung des Präsidenten zur Resolution zuzuhören, geht aus den Verlautbarungen nicht hervor, stieg vertheilung gestern den Eindruck, daß ein Zusammenstoß der Freunde der Neutralität bei einer Behauptung des Friedens durch die europäischen Mächte wirksamer sei, als die bisher auf dem Papier stehenden Abmachungen.

Bionanis Völkerverbundstraum.

Kopenhagen, 8. April. Nach einer Mitteilung der „Politiken“ aus Romport von Bionani die Ansicht haben, der amerikanischen Regierung Verhandlungen über eine Reorganisation des Völkerverbundes auf der Grundlage vorzuschlagen, das ein amerikanischer und ein europäischer Völkerverbund geschaffen werden soll. Diese drei Vigen sollen völkerverbündlich in seiner Weise miteinander verbunden sein und nur dann gemeinsam ankommen, wenn mehrstufige Fragen in entscheidender Höhe. Nur diese Seite würde sich Amerika ähnlich nicht mehr in europäische Streitigkeiten einmischen brauchen.

Amerika gegen Schließung von Betrieben.

Düsseldorf, 8. April. Die amerikanische Konsulatsbehörde macht bekannt, daß jede Fabrik oder jedes Unternehmen im Stadtbezirk Düsseldorf mit mehr als 10 Arbeitern aus Mangel an Aufträgen, aus Mangel an Kohle oder wegen Abwandes oder Einführung der neuen Schließung neuen Betrieb schließen muß, vertheilung ist, bevor die Schließung vorgenommen werden kann, den amerikanischen Konsulatsbeamten und dem belgischen Arbeitsamt Meldung zu machen.

Inoffizielle Verhandlungen in Teffin?

Paris, 8. April. Die Meinung hiesiger diplomatischer Kreise, daß der Aufenthalt des deutschen Außenministers in Teffin nicht ausschließlich Erhaltungszwecken gegolten, sondern daß Dr. Simons persönliche wenn auch inoffizielle Unterredungen mit autoritativen Persönlichkeiten der Entente-Regierungen, namentlich mit dem belgischen Außenminister, stattgefunden haben, vertheilung ist, daß man in Berlin um diese Unterredungen wüßte. (W. T. B.)

Eine Volksabstimmung in Steiermark.

Wien, 8. April. Der Landtag nahm heute einstimmig unter lebhaftem Beifall einen Antrag der Großdeutschen an zur Durchführung einer Volksabstimmung in Steiermark am 30. Mai über die Frage, ob die Provinz an Deutschland angeschlossen werden soll.

Die Wachtprobe in England.

Der Abbruch der Verhandlungen zwischen Lloyd George und den Führern der Bergarbeiter und die verheerende Gefahr des Ubergreifens der Streikbewegung auf die Transportarbeiter und Eisenbahner, ferner die Unruhen in Schottland haben einen Zustand heraufbeschworen, der einer englischen Revolution gleichkommt. Noch nie in der englischen Geschichte hat eine so bedrohliche Spannung zweier einander in Feindschaft gegenüberstehender Machtgruppen bestanden deren Zusammenprall selbst ein in sich so geschicktes Reich wie das englische in seinem Bestand schwer erschüttern muß, wenn es nicht noch in letzter Stunde gelingt, eine Einigung der Parteien zu erzielen. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer solchen, auf die Ähnlichkeit wie bei der Auslandsbewegung vom letzten Oktober in England zuvermuthlich gerechnet wurde, ist auf ein Minimum zurückgegangen. Da es feststeht, daß der Bergarbeiterverband keine Neigung aufweisen wird, die nicht alle Forderungen der Arbeiter erfüllt, so wird die Regierung alle Mittel ergreifen, indem sie auf die Hilfe der großen Masse rechnet, um so der geschaffenen Lage Herr zu werden. Diese Worte Lloyd Georges vor dem Unterhaus sind die offene Kampfansage der englischen Regierung, die sich noch verabschieden will, durch Unterhandlungen zum Ziele zu kommen, gezwungen sieht, alle erfolgversprechenden Mittel anzuwenden, sie eröffnen die eigentliche, aber bereits schon von langer Hand vorbereitete Wachtprobe zwischen Staatsgewalt und Arbeiterkraft. Nicht mehr der Kampf eines einzelnen Standes um wirtschaftlich bessere Lebensbedingungen geht hier vor sich, wenn er auch der Anstoß an der gegenwärtigen Bewegung gewesen sein mag, sondern die Auseinandersetzung verschiedener Weltanschauungen im Rahmen eines Volkes, der privatwirtschaftlichen und der sozialistischen. Lloyd George weiß das, und aus der Bitterkeit heraus, daß die sozialistisch-kommunistische Sturmflut, die in den Vorkriegsjahren Europas nach dem Kriegsende tobte, nun auch England erreicht hat und England durch seine Beziehungen zu Sowjetrußland erreichen mußte, ist in ihm der Entschluß gereift, den Kampf gegen die sozialistischen Tendenzen bis zum äußersten zu führen.

Was er zur Abwehr der Bewegung tun konnte, um seinem Lande die gefährliche Erschütterung zu ersparen, die Mitteleuropa in Nachkriegszeit heimlich, das hat er nicht unversucht gelassen. Den wertvollsten Erwerb in dieser Richtung glaubte er durch den auf geistlicher Vereinbarung beruhenden Pakt mit Moskau getan zu haben, in dem er geschickt den Schutz Englands vor bolschewistischer Propaganda zur Grundbedingung erhob. Daß er gerade in dieser Grundbedingung von Kraft und dem Meer bolschewistischer Agitatoren, die unter dem Vorwand der Antinapung von Handelsbeziehungen in England wie anderwärts sich einzuschmuggeln verstanden, schließlich getäuscht wurde, darüber müssen ihm jetzt die Augen aufgehen. Das setzen ihm die Veröffentlichungen der englischen bürgerlichen Presse und die Tatsache, daß genau nach Moskau Vorbild und Vorkurs, zu denen sich allerdings offiziell nur ein Haufen der radikalsten englischen Arbeiterkraft bekennt, die Sabotierung der Gruben, die Vertheilung der Schaub- und Stillschmännchen von den Pumpen, die persönlichen Angriffe auf Grubenbeamte und Direktoren im Süden von Strathford und anderwärts von zumeist inländischen Arbeitern vorgenommen werden. Das bolschewistische Gift ist wirksam geworden und sein Vorhandensein ist von Hauptbedeutung für die Beurteilung der Entwicklung der Bewegung aus einem tiefen Blickwinkel. Die für einzelne Landesbezirke nicht länger verheimlicht werden kann. Ohne die hiermit skizzierten Einflüsse müßte eine gütliche Verständigung der Parteien möglich gewesen sein, wie sie auch am Ende des letzten Streiks erfolgte. Sind doch die Gegensätze zwischen den feindsich einander gegenüberstehenden Gruppen kaum so unüberbrückbar, wie es der augenblicklichen Lage noch anzuommen werden müßte.

Um ihre Art und Bedeutung zu kennzeichnen, muß man zurückgreifen auf eine Maßnahme der englischen Regierung vom Februar 1917, die Uebernahme der Kontrolle der Bergwerke durch den Staat, die als eine Kriegsmäßnahme nie anders als vorübergehend gedacht war. Sie gewährleistete den Grubenarbeitern aller englischen Kohlenbezirke von der Menge der gefördertten Kohle abhängige Löhne, den Grubenbesitzern erhebliche Gewinnanteile auf Grund der Gewinnsteuern von 1915. Den bedeutendsten Nutzen hatte der Staat, der aus den Förderungen und vor allem aus dem Auslandsverkauf mit Kohle bis zum September vorigen Jahres an 90 Millionen Pfund Reingewinn erzielte. Diesen Reingewinn wollten die Arbeiter damals zum Teil zur Aufbesserung ihrer Löhne um 2 Schilling 6 Pence pro Tonne und zur Verbilligung der Hausbrandkohle verwendet wissen, ein Ziel, das sie im großen Ganzen neben anderen politischen und deutenden Erzielungen, wenigstens für die Dauer eines Profitfortums, das am 31. März d. J. abgelaufen ist. Während nun die Regierung in der Zeit des florierenden Aufwandes mit Kohle aus bedeutenden bergeminnenden Arbeiter und Unternehmer völlig befriedigen konnte, sie also an der Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle der Bergwerke interessiert blieb, mußte sie dieses Interesse nicht zuletzt unter dem Einfluß der Steuerzahler sofort von dem Augenblick an verlieren, in dem durch den Berlin großer Teile des Weltkohlenmarktes ihre Einnahmen aus den Gruben unter das Niveau der durch ihre Bewilligung bedingten Ausgaben sanken. Das geschah in überraschender Schnelligkeit in dem Vierteljahr vom November bis Februar, nachweislich durch die vom Staat abgekauften er-